

von Ingrid Remmers, Bochum, 23.08.2007

## **KIBIZ: Quantität statt Qualität Was verbirgt sich hinter dem geplanten Kinderbildungsgesetz?**

Der Entwurf des Kinderbildungsgesetzes KIBIZ der schwarz-gelben Landesregierung hat mit der Bildung unserer Kinder wenig zu tun. Aber es klingt gut. Zumindest auf den ersten Blick.

Bei näherer Betrachtung stellt man schnell fest, dass der Bildungsaspekt nur der Aufhänger ist, um ein neues Finanzierungskonzept in der Kinderbetreuung durchzusetzen, welches mehr Betreuungsplätze bei möglichst gleichbleibenden Kosten bietet. Da, wo sich Mehrkosten nicht vermeiden lassen, will das KIBIZ diese auf die Eltern abwälzen. Für die schon lange diskutierte Beitragsfreiheit der Kinderbetreuung gilt: Fehlanzeige

Die bisherigen Grundlagen zur Betreuung unserer Kinder, wie sie im Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) festgelegt waren, fallen im KIBIZ einfach weg. So ist keine Rede mehr von einer ganzheitlichen Aufgabe der Betreuung, Erziehung und frühkindlichen Bildung, der Förderung nach individuellen Neigungen und Begabungen.

Dabei hatte das KIBIZ einen vielversprechenden Ansatz: Es sollte die Anzahl der Betreuungsplätze für unter 3jährige und die Tagespflege ausbauen, die Sprachförderung ausweiten und den Ausbau zu Familienzentren fördern.

Leider klaffen die wohlklingende Zielsetzung und die zur Verfügung stehenden Ressourcen weit auseinander. Nur ein geringer Teil der Ziele wird nach den Eckpunkten des Entwurfs auch finanziell berücksichtigt.

Kommunen sollen nach dem Willen der Landesregierung statt bisher ca. 13% künftig 19% der Kita -Kosten durch Elternbeiträge erwirtschaften. Die angeblich höhere Finanzierung durch das Land würde weitestgehend von der Entlastung der Kirchen aufgebraucht, die künftig nicht mehr 20% der Kosten aufbringen müssten, sondern nur noch 12%.

Die geplanten Kindpauschalen, die von der Landesregierung nach eigenen Vorstellungen festgelegt werden sollen, würden nicht für die Personalkosten älterer MitarbeiterInnen oder für MitarbeiterInnen mit eigenen Kindern reichen. Der Mehrbedarf für die Betreuung behinderter Kinder wird, trotz integrativem Ansatz, überhaupt nicht berücksichtigt.

Ohnehin soll die Finanzierung dem jährlichen Haushaltsvorbehalt unterliegen. Das bedeutet, dass bei klammen Kassen oder gar Haushaltssperren auch die Finanzierung der Tagesbetreuung gefährdet ist.

Aber eine Planungssicherheit für die Träger ist beim KIBIZ ohnehin nicht mehr gegeben. So sollen Eltern den Betreuungsbedarf für ihre Kinder jedes Jahr neu angeben. Also könnte das benötigte Personal nur für ein Jahr sicher beschäftigt werden. Zeitverträge und häufige Personalwechsel würden die Folgen sein. Das ist nicht nur pädagogisch unsinnig, es erschwert auch die eigene Lebens- und Familienplanungen der MitarbeiterInnen.

Das KIBIZ legt außerdem keine verbindlichen Betreuungsschlüssel mehr fest. Die Größe der Gruppen ist danach nach oben offen. Das würde dazu führen, dass Einrichtungen mit vielen Geringverdienern unter den Eltern die Gruppen „voll stopfen“ (müssen), um darüber wenigstens den Zuschlag bei Überschreitung der Gruppengröße zu erhalten. Zudem könnten nach der zeitlichen Staffelung der Betreuung (25, 35, 45 Wochenstunden) die Gruppen nicht mehr nach pädagogischen, sondern nur noch finanziellen Gesichtspunkten zusammengesetzt werden.

Gestrichen wurde ebenfalls der sog. Elternbeitragsdefizitausgleich durch das Land. Das heißt, dass Kommunen mit einem hohen Anteil an geringverdienenden Eltern auch höhere Ausgaben hätten, die sie entweder selber ausgleichen müssen oder ebenfalls über höhere Beiträge von besserverdienenden Eltern ausgleichen müssten.

Insgesamt fördert also das KIBIZ mit der geplanten Finanzierung durch Kindpauschalen und mit festgelegten Betreuungszeiten ganz massiv die soziale Spaltung, weil sich einerseits nur Eltern mit vollen Geldbeuteln ausreichende Betreuungszeiten leisten könnten und andererseits nur Einrichtungen mit vielen besserverdienenden Eltern eine gute Betreuung gewährleisten könnten.

Damit entfele auch der Anspruch auf einen chancengerechten Zugang zur frühkindlichen Bildung. Eine bedarfsgerechte Entwicklung der Angebote gar wäre völlig ausgeschlossen. Die Risiken für die Träger würden unkalkulierbar.

Und das ist politisch gewollt. Die Landesregierung unterstützt nämlich mit dem Entwurf auch die Entstehung privatwirtschaftlicher Träger ausdrücklich. Daraus würde ein massiver Privatisierungsdruck entstehen, bei dem nicht einmal mehr die Anerkennung nach SGB VIII des Kinder- und Jugendhilfegesetzes nötig wäre. Damit würde dem staatlichen Rückzug aus der Betreuungsaufgabe von Kindern Tür und Tor geöffnet.

Auch die weiteren Eckpunkten des KIBIZ zeichnen sich vor allem durch eine ungenügende Finanzierungsgrundlage und fehlende pädagogische Einsichten aus:

- Die geplanten Familienzentren, im Ansatz eine gute Idee, würden schon deshalb nur eingeschränkt umsetzbar sein, weil für dass erhebliche Mehr an Aufgaben (für Dokumentation, Evaluation, Kooperation u.ä.) v.a. für die Leitungen keine Freistellungen geplant oder zusätzliches Personal finanziert würden. Was von den vorgesehenen € 12.000 jährlich tatsächlich leistbar wäre, kann man sich leicht ausrechnen.
- Ähnliches gilt für die geplanten Mittel für die Sprachförderung der Kinder in Höhe von € 340,- pro Jahr und Kind.
- Künftig sollen sich die Eltern auch an Sachkosten z.B. für Spiel- und Arbeitsmaterialien beteiligen. Diese wurden seit 2003 bereits um jährlich 2000 –3000 Euro gekürzt. Für weitere Einsparungen würden auch hier die Eltern zur Kasse gebeten.
- Der eigentlich geplante Ausbau der Plätze für U3 ginge bei den genannten Finanzplanungen nur zu Lasten der Qualität bisheriger kleiner, altergemischter Gruppen und soll sowieso nach dem Willen der Landesregierung eher über Tagesmütter abgedeckt werden. Die Anforderungen an die Qualifizierung der Tagesmütter sind genauso dürftig, wie deren Finanzierung. Einen Rechtsanspruch für unter 3jährige wird es auch weiterhin nicht geben, ebenso wenig ein Investitionsprogramm für den altersgerechten Umbau und die

Ausstattung für U3jährige. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf findet im KIBIZ insgesamt keine wirkliche Berücksichtigung.

- Die im KIBIZ geforderten regelmäßigen Fort- und Weiterbildungen für ErzieherInnen sind in den Berechnungen der Kindpauschalen ebenfalls nicht berücksichtigt.
- Außerdem sollen mit dem KIBIZ Partizipation und Mitwirkungsmöglichkeiten von Eltern drastisch eingeschränkt werden. Statt der bisherigen Mitsprache- und Mitwirkungsrechte in Elternversammlung, Elternrat und Kindergartenrat soll künftig nur noch ein Elternrat informiert und bestenfalls angehört werden.
- Die Anforderung an Eltern, den Betreuungsbedarf für ihre Kinder in Zukunft 6 Monate vorher anzumelden, steht im Widerspruch zum Flexibilitätsanspruch des Arbeitsmarktes und verhindert einen kurzfristigen Einstieg ins Berufsleben.
- Die geplante Bildungsdokumentation der Kinder soll ohne Information oder Einverständniserklärung der Eltern erfolgen. Aussagen über die weitere Verwertung dieser Daten werden nicht gemacht. Der eigentlich beabsichtigte Abbau bürokratischer Strukturen kommt im KIBIZ nur dem Land zugute; der bürokratische Aufwand für Kommunen und Träger steigt.

Als LINKE fordern wir deshalb die völlige Rücknahme des KIBIZ - Entwurfs!

Statt dessen sollte das bisherige Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder GTK die Grundlage für die weitere Entwicklung pädagogisch sinnvoller, anspruchsvoller und bezahlbarer Betreuung aller Kinder bilden. Dazu gehört v.a.:

- Ein Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung für alle Kinder
- Kostenbefreiung für die Eltern, die keine Beiträge zahlen können
- Einen klar umrissenen gesetzlichen Auftrag der Tageseinrichtungen
- Begrenzung der Gruppengrößen
- Erhöhung des bisher im GDK festgelegten Betreuungsschlüssel von 10 Kindern pro Fachkraft, insbesondere für unter 3jährige
- Qualifizierte Fachkräfte mit Möglichkeiten zu Fort- und Weiterbildung
- Hohe Anforderungen an die Qualifikation von Tagesmüttern
- Ausreichende Mittel für eine gesunde und ausgewogene Ernährung der Kinder
- Sprachförderung
- Ausweitung der Mitwirkungs- und Mitspracherechte der Eltern
- Ausreichende finanzielle Grundlagen für die Einrichtung von Familienzentren, die dem Namen und dem Anspruch gerecht werden
- Keine weitere Förderung privatgewerblicher Tageseinrichtungen

Bislang ist das KIBIZ nur ein Entwurf. Sorgen wir mit dafür, dass es so bleibt!

23.08.2007 Ingrid Remmers

<http://www.sozialistische-linke-nrw.de>